

KOMMENTAR

Kommunen sollen selbst entscheiden

Braunkohlekraftwerke und Atommeiler werden abgeschaltet: Geht dann das Licht aus? Diese Frage stellen sich viele Menschen, denn die Sorge um die sichere Stromversorgung wächst. Und sie wird nicht sinken, wenn man von den Problemen erfährt, in Kreuzau und Hürtgenwald Solarparks zu bauen. Es besteht natürlich kein Grund in Panik zu verfallen, denn niemand wird ein Kraftwerk abschalten, wenn dadurch das Netz zusammenbricht. Aber die Energiewende steht und fällt mit dem Ausbau der Erneuerbaren. Genau an dieser Stelle hakt es: Immer wieder kommt es zu Interessenskonflikten. Windräder sind erwünscht, aber nur in bestimmten Abständen zu Siedlungen. Solarparks soll man bauen, aber bitte ohne Flächenverzehr. Pumpspeicherkraftwerke gelten auch als mögliche Stromspeicher der Zukunft. Aber bitte nicht überall. Viele Menschen erinnern sich sicherlich noch an die Pläne für den Rursee und den Widerstand dagegen. Der Kreis Düren tut gut daran, Solardächer und umweltschonende Energieerzeugung zu fördern. Aber dies alleine wird nicht reichen, den Stromdurst auch nach der Braunkohle zu löschen. Zumal die E-Mobilität eher zu einem steigenden Bedarf führen wird. Wenn man es mit der Energiewende ernst meint, dann müssen Kommunen in die Lage versetzt werden, Solarparks zu entwickeln. Nach 40 Jahren können die Flächen schließlich wieder anders genutzt werden.

p.nowicki@medienhausachen.de

PATRICK NOWICKI



CORONA-PANDEMIE

Die Inzidenz steigt um mehr als zehn Punkte

KREIS DÜREN Die Sieben-Tage-Inzidenz im Kreis Düren ist am Mittwoch um mehr als zehn Punkte gestiegen. Sie lag bei 93,7. Der Kreis meldete im Vergleich zum Dienstag 54 Neuinfektionen. Die Zahl der aktiven Fälle ist auf 379 gestiegen. Seit Ausbruch der Pandemie haben sich 14.314 Menschen im Kreis infiziert. 13.646 sind wieder genesen, 289 gestorben. Die Zahl der Erstimpfungen lag bei 183.729, der Zweitimpfungen bei 167.828. Die Infizierten verteilen sich wie folgt: Aldenhoven: 28 (Gesamtzahl aller positiv Getesteten: 988), Düren: 186 (6133), Heimbach: 4 (178), Hürtgenwald: 3 (384), Inden: 2 (288), Jülich: 45 (1532), Kreuzau: 9 (730), Langerwehe: 7 (538), Linnich: 13 (538), Merzenich: 29 (557), Nideggen: 12 (493), Niederzier: 14 (786), Nörvenich: 10 (435), Titz: 7 (344) und Vettweiß: 10 (390).

KURZ NOTIERT

Grünes Licht für Institutsneubau

KREIS DÜREN Das Institut der Feuerwehr NRW hat zwar in diesem Sommer seine Zweigstelle in Stockheim eröffnet, allerdings ist langfristig ein kompletter Neubau geplant. Dafür wurde ein etwa zehn Hektar großes Areal östlich der B57 bei Stockheim ausgemacht. Wie David Gottstein im Bauausschuss der Gemeinde Kreuzau am Dienstagabend mitteilte, liegt nun ein positiver Bescheid der Bezirksregierung vor. Die Gemeinde kann also die Planungsverfahren in Gang setzen, die in den Neubau der Niederlassung münden sollen. Derzeit handelt es sich bei dem Grundstück um eine Ackerfläche. (pan)

Bei den Solarparks bleiben Fragezeichen

Ein Beispiel in Kreuzau zeigt, wie holprig der Weg zu einer Anlage für die umweltschonende Stromerzeugung ist.

VON PATRICK NOWICKI

KREUZAU Im Grundsatz sind sich alle Kommunalpolitiker in Kreuzau einig: Solarstrom hilft in der Energiewende. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Nolten betonte aus diesem Grund in der Bauausschuss-Sitzung am Dienstagabend: „Wir waren wahrscheinlich die erste Kommune im Kreis, die damit begonnen hat, unsere Gebäude mit Solardächern zu versehen.“ Das auf zwei Flächen südlich von Thum jedoch Solarparks entstehen sollen, bereitet dem Christdemokraten Bauchschmerzen.

12,7 Hektar Gesamtfläche

Hintergrund ist der Plan der Berliner Secureenergy Solutions AG, zwei in Summe 12,7 Hektar große Ackerflächen mit Solarpanels zu belegen. Die Anlagen mit einer Gesamtleistung von etwa 10,7 Megawatt Peak sollen regionalen Strom für etwa 3.300 Haushalte mit drei oder vier Personen produzieren.

Dazu will das Unternehmen eine Betreiber-Gesellschaft im Gemeindegebiet gründen, sodass Kreuzau über die Gewerbesteuer vollständig am Ertrag beteiligt ist. Der südlich von Thum produzierte Strom soll auch direkt vermarktet werden. „Die Menschen in Kreuzau sollen unmittelbar davon profitieren können und regionalen Strom beziehen können“, sagt Projektleiter Felix Kandsorra im Ausschuss.

Finanziell klingt das Vorhaben für die Gemeinde lukrativ: Bei einer Projektdauer von 40 Jahren sollen etwa 1,673 Millionen Euro an Gewerbesteuer in die Gemeindekasse fließen. Die Bürger können sich in die Gesellschaft einkaufen und selbst am Gewinn teilhaben. So lautet die Formel des Berliner Unternehmens.

Der Teufel steckt jedoch im Detail: Bei beiden Flächen handelt es sich um landwirtschaftlich genutzte Flächen, die dafür umgewidmet werden müssen. Während eine davon unmittelbar an einem Windrad liegt und eine Nutzung als Solarpark von allen befürwortet wird, sehen manche im Gemeinderat die zweite Fläche westlich davon kritisch. Vor allem bei der Bezirksregierung, so wird befürchtet, beiße das Berliner Unternehmen auf Granit. „Andererseits sieht dies bei Gewerbeflächen aus, aber auf Freiflächen wird das schwierig“, prognostiziert Nolten.



Eine 12,7 Hektar große Fläche der Gemeinde Kreuzau für die Nutzung der Sonnenenergie bereitzustellen, stößt auf Hürden. Unser Bild zeigt eine vergleichbare Anlage am Tagebau Inden.

FOTO: PATRICK NOWICKI

Der Flächenverzehr soll nach dem Willen des Landes deutlich begrenzt werden.

Dringender Appell

Für die Grünen-Sprecherin Astrid Hohn sind die Bedenken verständlich: „Wir können es uns in der jetzigen Situation als Gemeinde nicht leisten, auf einen solchen Solarpark zu verzichten.“ Irgendwoher müsse der Strom schließlich kommen, wenn Braunkohle- und Atomkraftwerke abgeschaltet werden. Sowohl Nolten als auch Hohn sind Mitglieder des Kreistags, der in seiner jüngsten Sitzung vor den Sommerferien eine dringende Bitte an die Kommunen gesandt hat, mehr in Klimaschutz zu investieren.

Technisch stößt der Bau laut Kandsorra auf keine großen Prob-

leme. Die Anschlüsse ans Stromnetz sind über eine jeweils 1,5 Kilometer lange Leitung möglich. Die Panels sollen so montiert werden, dass darunter Pflanzen wachsen können. „Wir wollen auch mit Imkern vor Ort sprechen“, betont Kandsorra. Schafe könnten dort weiden. „Das Projekt verdient eine Einzelfallbetrachtung“, ist sich der Projektleiter sicher und spielt damit auf die eventuellen Bedenken der Bezirksregierung Köln an und ergänzt: „Wer weiß, was in zwei bis drei Jahren wird.“

Einstimmiges Votum

Nach der Diskussion folgte ein einstimmiges Votum im Ausschuss. Damit sprach er sich grundsätzlich für die Realisierung der beiden Solarparks aus. Die Verwaltung soll nun die erforderlichen planungs-

rechtlichen Schritte vorbereiten. Dazu wird auch die Bezirksregierung eingebunden. Sollte aus Köln grünes Licht kommen, kann es in den Augen Kandsorras schnell gehen: In eineinhalb Jahren könnten die Parks ans Netz gehen. Die rei-

ne Bauphase betrage dabei lediglich einen Monat. Wichtig für die ökologische Bilanz: Bis zu 11.000 Tonnen Kohlendioxid-Ausstoß würden dann im Vergleich zu einem Kohlekraftwerk gespart. Es bleibt jedoch ein großes Fragezeichen.

ZUM THEMA

Keine Genehmigung in Vossenack

Der am Rand von Vossenack geplante Solarpark eines Landwirts und eines süddeutschen Projektentwicklers ist von der Bezirksregierung nicht genehmigt worden. Das teilte Bürgermeister Andreas Claßen (parteilos) jüngst mit. Die Anlage sollte ebenfalls auf einer landwirtschaftlichen Fläche errichtet

werden. Politisch war die Anlage überaus begrüßt worden. Aktuell stagniere der Prozess, wie die Verwaltung mitteilt. Allerdings versuche man das Thema mit den übergeordneten Behörden nochmals zu erörtern, in der Hoffnung, dass das Projekt eine andere Einschätzung erfahre und genehmigt werden könne. Auf 17,5 Hektar soll dort Strom für 3.300 Haushalte produziert werden. (smb)

Sportfreunde fühlen sich vor den Kopf gestoßen

Absage der Verwaltung. Die Nutzung des Platzes steht für die Echtzer mehr denn je in den Sternen.

VON JÖRG ABELS

DÜREN/ECHTZ Gerhard Clemens, Vorsitzender der Sportfreunde Echtz, fühlt sich vor den Kopf gestoßen. Ob und wann der neu gegründete Verein den örtlichen Sportplatz nutzen kann, steht nach der Sitzung des städtischen Schul- und Sportausschusses mehr denn je in den Sternen. Bürgermeister Frank-Peter Ullrich (SPD), der Anfang Mai noch zum Spaten gegriffen hat, um einen Baum am Sportplatz zu pflanzen, den die Vereinsinitiatoren als „Zeichen der Hoffnung“ ansahen, hat dieser Hoffnung einen herben Dämpfer verpasst.

„Aus Sicht der Verwaltung ist es derzeit unmöglich, die Sportstätte wieder zu öffnen“, betonte Ullrich mit Blick auf das Corona-bedingte Millionendefizit im städtischen Haushalt und die Empfehlung der Gemeindeprüfanstalt, Sportstätten zu schließen. „Das ist keine Kulisse für zusätzliche freiwillige Ausgaben“, machte der Bürgermeister deutlich, um im nächsten Atemzug zu betonen, dass die letztendliche Entscheidung natürlich beim Stadtrat liege.

Aber weder die Koalition Zukunft aus SPD, Grünen, BfD und Bunter

Liste noch die CDU ließen eine andere Haltung erkennen. Beide Seiten verwiesen auf angeblich nicht vorliegende Konzepte des Vereins, die, wie Gerhard Clemens jedoch versicherte, schon vor Wochen den Fraktionen und dem Ausschussvorsitzenden Hermann-Josef Geuenich

zugeschickt wurden.

Einzig AfD-Vertreter Heribert Frambach sprang den Sportfreunden zur Seite und hatte auch noch einmal die gewünschten Unterlagen des Vereins mitgebracht, mit denen sich die Fraktionen nun bis zur Ratssitzung auseinandersetzen



Zwar stehen noch mobile Tore auf dem Echtzer Rasenplatz, aber als Sportplatz darf er nicht genutzt werden. Offiziell handelt es sich seit der Schließung vor zwei Jahren nur noch um eine Grünanlage.

FOTO: JÖRG ABELS

wollen. Auch sollen jetzt noch Gespräche vor Ort geführt werden, den Anfang machte die CDU am gestrigen Mittwoch.

Frambachs Frage, ob man dem Verein denn nicht wie gewünscht, die Sportanlage bis zu einer endgültigen Entscheidung zumindest zeitweise überlassen konnte, beantwortete Ullrich mit einem klaren Nein.

Platz ist nur eine Grünfläche

Der vor zwei Jahren geschlossene Rasenplatz sei derzeit lediglich eine Grün- und keine Sportfläche mit allen damit verbundenen versicherungstechnischen Konsequenzen. Er könne erst wieder als Sportplatz abgenommen werden, wenn erheblich investiert werde: unter anderem in eine neue Berieselungsanlage, das Flutlicht, den Wiederaufbau des im März demontierten Ballfangzauns und die Pflege.

Arbeiten, die die Stadt mit mehr als 190.000 Euro kalkuliert, die der Verein nach mit Hilfe des Christlichen SV eingeholten Angeboten aber für 50.000 Euro ausführen will. Allerdings zweifelt Amtsleiter Dirk Keimes zum einen die Seriosität der vom Verein eingeholten Angebote an, zum anderen betont er,

dass aktuell weder die 50.000 und schon gar nicht die im Raum stehenden 190.000 Euro im Haushalt zur Verfügung stehen. Zudem verwies er auf den akuten Sanierungsbedarf an den Sportplätzen Birgel und Derichsweiler, der im kommenden Doppelhaushalt berücksichtigt werden müsse und aus seiner Sicht Priorität habe, schließlich würden die dortigen Vereine am Spielbetrieb teilnehmen, in Birgel sind es nach einer aktuellen Erhebung fünf, in Derichsweiler 13 Mannschaften.

So weit sind die neugegründeten Sportfreunde Echtz naturgemäß noch nicht. Sie sprechen von derzeit fünf Teams, die den Platz nutzen wollen, darunter drei Jugendmannschaften, und verweisen auf eine geplante Kooperation mit der Jugendabteilung des 1. FC Düren.

Auch wenn ihnen der Sportplatz jetzt noch nicht einmal temporär zur Verfügung gestellt wird, wollen die Sportfreunde Echtz sich und ihr Konzept eines sportlichen Begegnungsparks für Jung und Alt weiter am Wochenende, 11./12. September, mit einem kleinen Sportfest vorstellen. In welcher Form müsse man jetzt noch überlegen, erklärte ein sichtlich frustrierter Gerhard Clemens am Mittwoch.